

geheim und als Wahlredner öffentlich die Bewegung zur nationalen Erneuerung bis zuletzt bekämpft haben.

„Bei der vorletzten Reichstagswahl wirkten Sie beim Landrat Strzoda die Entfernung eines Wahltransparents der NSDAP aus dem Garten von Langner, und als dieses über dem Eingange zum Wahllokal aufgestellt wurde, auch von dort.

„Im Mai 1932 brachten Sie an einem Sonntag bei einer Zusammenkunft mehrerer Beamter beim Landrat Strzoda besonders eifrig zur Sprache, daß besonders die Kasse (von Nationalsozialisten) verseucht sei, wobei Sie auch einzelne Namen nannten.

„Als die Hakenkreuzfahne am 7. März 1933 gehißt wurde, empfahlen Sie Landrat Strzoda telephonisch, daran nicht teilzunehmen.

„Noch bis in die letzte Zeit pflogen Sie Verkehr mit dem beurlaubten Landwirtschaftsrat Scheja, insbesondere im Juni, als die Polizei die Garagenschlüssel Scheja abnehmen mußte; im Juli wurden Sie ebenfalls mit Scheja zusammen gesehen.

„Der Gartenarbeiterin Widera gegenüber äußerten Sie nach dem 24. Juni 1933: „Na, Ihr seid mir schöne Katholiken und laßt so was zu.“

„Ihre Tochter ging bis in die letzte Zeit mit dem Juden Schlesinger spazieren. Sie haben sich ferner aufgeregt, als Sie beim Juden Berg Einkäufe besorgten und als Sie der SA-Mann Segsa darauf hinwies, daß ein preußischer Beamter nicht die Juden unterstütze, indem Sie sich Belehrungen darüber, wo Sie kaufen sollen, verbat.“ Unterzeichnet ist dieser Brief von Martin Elsner.

Am 6. September 1953 zog der gleiche Martin Elsner über die BHE-Landesliste als Abgeordneter seiner Partei in den Deutschen Bundestag ein. Er findet, daß er dort nicht fehl am Platze ist. „Es ist doch zwanzig Jahre her. Ich könnte vieles zu meiner Entlastung anführen. Ich habe drei Jahre hinter Stacheldraht gebüßt. Ist das nicht genug?“

PFALZ

Gott erhalt's!

Staatspolitische Notwendigkeiten haben dazu geführt, daß in dieser Woche in der Hochburg der Biertrinkerei, in München, eine „Pfälzer Weinwoche“ veranstaltet wird. Die Pfälzer Weinkönigin aus Deidesheim wurde nach München bemüht, um mit ihrer rotbackigen Gesundheit für die Verbundenheit zwischen Bayern und der Pfalz zu zeugen, und der Münchner Stadtrat bereitet aus öffentlichen Mitteln eine Broschüre „München an der Weinstraße“ vor, alles ungeachtet der Tatsache, daß die Pfalz heute wesentlicher Bestandteil des Bundeslandes Rheinland - Pfalz ist. Rheinland - Pfalz wurde von Franzosengeneral Pierre Koenig mit napoleonischer Geste am 30. August 1946 aus Teilen des Rheinlands und Hessens und eben aus der Pfalz gegründet.

Seit 1816 hatte die Pfalz zu Bayern gehört und war bis 1946 bayerisches Hoheitsgebiet geblieben. Der bayerische Landtagspräsident, Dr. Dr. Alois Hundhammer, weiß sogar von „sieben Jahrhunderten einer durch weite Strecken staatspolitisch gemeinsamen Entwicklung“ zwischen Bayern und der Pfalz zu berichten. Er hat dabei im Auge, daß im Jahre 1214 der Staufer-Kaiser Friedrich II. den Bayernherzog Ludwig für dessen Sohn Otto mit der Pfalz-Grafschaft bei Rhein belehnte und damit das damals noch verhältnismäßig kleine rechtsrheinische Gebiet der Wittelsbacher mit der Pfalz verband. In den Jahrhunderten zwischen 1214 und 1816 hat es dann



Drei Jahre Buße hinter Stacheldraht
NS-Landrat und MdB Elsner

über die Wittelsbacher immer wieder Verbindungen zwischen Bayern und der Pfalz gegeben.

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg war das bundesstaatliche Leben in Deutschland kaum erwacht, da begann schon — eingedenk der historischen Verbundenheit — eine Reisetätigkeit bayerischer Politiker in die Pfalz. Zunächst war es der damalige Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Anton Pfeiffer — heute ist er Botschafter in Brüssel —, der als gebürtiger Pfälzer der Pflege dieser Verbundenheit sehr viel Zeit und Arbeitskraft widmete. Nach seinem Ausscheiden aus der deutschen Innenpolitik hat er sich um eine Fortentwicklung dieser Verbindungspflege nicht zu sorgen brauchen. Zahlreiche Vereine, Ausschüsse und Organisationen haben bereits eine feste Tradition entwickelt, und bei regelmäßigen Pfalzfahrten von Landtagsabgeordneten hat Bayern immer wieder so wirkungsvolle und profilierte Persönlichkeiten, wie Michael Horlacher oder Alois Hundhammer, an den Rhein entsenden können.

In diesem Jahr hat die übliche Pfalzreise der bayerischen Abgeordneten ein unangenehmes Vorspiel gehabt. Am 7. Oktober hatte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter („Fisch-Pitter“) Altmeier, in



seinem Amtszimmer am Mainzer Schillerplatz einen Brief an den bayerischen Landtagspräsidenten Dr. Alois Hundhammer unterschrieben, mit Durchschlag an den Bundeskanzler, den Bundesinnenminister und den bayerischen Ministerpräsidenten. Darin wurde gegen die geplante Herbst-Weinreise des Pfalz-Ausschusses des Bayerischen Landtags im Ton einer diplomatischen Note kurz vor Kriegsausbruch heftig protestiert:

„Das Land Rheinland-Pfalz ist nicht länger gewillt, solche Übergriffe widerspruchslos und tatenlos hinzunehmen. Es wird vielmehr, das darf ich bereits jetzt in aller Bestimmtheit in Aussicht stellen, alle ihm durch das Grundgesetz und das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht gegebenen Möglichkeiten zur Abwehr solcher Verletzungen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik wahrnehmen.“

Alois Hundhammer übergab dieses Schreiben, kaum nachdem er es bekommen hatte, sofort der bayerischen Presse, ein Vorgang, mit dem Ministerpräsident Altmeier bei der Wahl seines forschenden Tones keinesfalls gerechnet hatte.

Alois Hundhammer antwortete: „Es ist weder dem Bayerischen Landtage noch der bayerischen Regierung noch freien Organisationen zu verwehren, nachdrücklich die Bereitwilligkeit Bayerns zur Durchführung der nach den Bestimmungen der Bundesverfassung möglichen Wiedervereinigung der durch ein Diktat getrennten Landesteile zu erklären.“

Peter Altmeier schrieb einen zweiten verständlicheren Brief an Hundhammer, daß gegen eine Weinreise nichts einzuwenden sei, und so setzte sich schließlich ein Omnibus mit den bayerischen Abgeordneten in Richtung Pfalz in Bewegung, der rückwärtig mit der Aufschrift versehen wurde: „Bayern und Pfalz, Gott erhalt's!“

Dort hatte der Geschäftsführer des Bundes „Bayern-Pfalz“, Oberstleutnant a. D. Ludwig Bretz, dem bayerischen Landtagsausschuß einen triumphalen Empfang in Weiß-Blau versprochen. Dem Oberstleutnant Bretz, der einst bei der Abwehr des Admirals Canaris die Abteilung „Spionageabwehr — Eigenes Heer“ betreut hat, kommt im kalten Krieg um die Neuordnung des Bundesgebietes nicht nur die Aufgabe zu, zur Zeit der Weinlese solche Empfänge zu organisieren.

Er sorgt auch dafür, daß während des ganzen Jahres pfälzische Gemeinderäte, Bürgermeister und Landräte zu Gegenbesuchen nach Bayern eingeladen werden. Außer den Beiträgen seiner 6000 Mitglieder stammen die Mittel, aus denen sein Bund solche Bemühungen bestreitet, aus dem Etat des bayerischen Ministerpräsidenten, der dieses bayerische Entgegenkommen mit 250 000 Mark jährlich speist, die allerdings im Haushalt des Dr. Ehard unter „Allgemeine Aufwendungen der Staatsregierung“ ausgewiesen werden.

Diesem finanziellen Engagement entsprechend existiert denn auch in der Person des Ministerialdirigenten Dr. Fritz Baer von der bayerischen Staatskanzlei ein „Pfalzreferent“.

An der Finanzierung des Bundes „Bayern-Pfalz“ ist aber nicht nur die bayerische Regierung, sondern auch die freie Wirtschaft beteiligt, hauptsächlich durch die Überschüsse der „Pfälzer Weinstube“ in der Münchner Residenz. Wie sehr es den Bayern mit ihrer Liebe zur Pfalz ernst ist, geht beispielsweise aus der symptomatischen Tatsache hervor, daß mitten in der Bier-Hochburg München diese Weinstube wie alle anderen, die Pfälzer Rebensaft

ausschenken, während der Weinwoche ermäßigte Getränkesteuer zahlen.

Die massive Art, in der sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier gegen die Reise der bayerischen Abgeordneten gewehrt hatte, wird verständlich, wenn man die staatsrechtliche Lage bedenkt.

In dem Augenblick nämlich, in dem der Generalvertrag in Kraft tritt, wird der Artikel 29 des Grundgesetzes gültig, der bisher von den Besatzungsmächten suspendiert worden ist. Dieser Artikel bestimmt unter anderem, daß solche Gebiete, die nach 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, sich innerhalb eines Jahres durch ein Volksbegehren umgliedern lassen können.

Sowie dieser Grundgesetz-Artikel nun in Kraft tritt, wird der Bund „Bayern-Pfalz“ die Rückgliederung der Pfalz, des „sorglich gepflegten Juwels im Kranz der bayerischen Kreise“ (Dr. Decker, Bayernpartei), an Bayern fordern. Käme diese Forderung durch, wäre das so ziemlich das Ende des Landes Rheinland-Pfalz, das von Peter Altmeier regiert wird. Damit wäre der Bundeskanzler seines bisher treuesten Landes beraubt.

Die Bayern vermuten sicher nicht zu Unrecht, daß es Konrad Adenauer mit einem Umbau der gegenwärtigen Bundesländer nicht ganz so eilig ist wie etwa dem Landtagspräsidenten Hundhammer, der eine Volksabstimmung in der Pfalz „so bald als möglich“ forderte. Nach den Erfahrungen mit dem Südweststaat — wo zwei sichere CDU-Länder geopfert und dafür zunächst Reinhold Maier's fintzenreiche Opposition im Bundesrat eingehandelt wurde — wäre dieses Verhalten des Bundeskanzlers sogar verständlich.

Daß es denn auch tatsächlich so ist, weiß man in München konkret, seit Leo Wohlebs Südbadener Paladin, der Oberlandesgerichtspräsident Zürcher, in der Münchner Staatskanzlei Besuch machte. Zürcher gab dort einiges zum Thema Bayern-Pfalz aus dem Gespräch zum besten, das Leo Wohleb seinerzeit auf Bühlerhöhe wegen seines „Muschterländle“ Baden mit Konrad Adenauer geführt hatte.

Als nämlich Wohleb spürte, daß seine badischen Restaurierungswünsche beim Bundeskanzler eine ausgesprochen kühle Aufnahme fanden, warf er ein — um sich eine geistige Unterstützung zu sichern —, daß die Bayern die Pfalzfrage doch in absehbarer Zeit auch wohl entschieden betreiben würden. Konrad Adenauer tröstete recht eindeutig: „Da machen Sie sich mal keine Sorgen, Herr Wohleb, das bleibt alles so wie es ist.“

Nach der Darstellung des Oberlandesgerichtspräsidenten Zürcher habe der Bundeskanzler dann noch darauf hingewiesen, daß die Bayern ja die Pfalz seinerzeit von Napoleon bekommen hätten und daraus wohl kaum einen Rechtsanspruch für die Gegenwart ableiten könnten. Sehr zur Verwunderung des alten Schulmannes Wohleb habe Konrad Adenauer sogar noch gesagt: „Stell'n Sie sich mal vor, Trier kann doch nicht zu Bayern kommen!“, was Leo Wohleb zu der Erläuterung veranlaßt habe, daß Trier zwar zum gegenwärtigen Bundesland Rheinland-Pfalz, nicht aber zu jenem Gebietsteil gehöre, den Bayern beanspruche.

Angesichts dieser Lage ist es für das Land Bayern doppelt erfreulich, daß ihm in Sachen Pfalz Schützenhilfe von einer anderen Seite zuteil wird, deren föderalistische Interessen bisher nicht so klar erkennbar waren, nämlich von der Sozialdemokratie. Der Landtag von Rheinland-

MONTBLANC

ist tonangebend

MONTBLANC-Meisterstück mit Lebensgarantie Double ab DM 60,-, Silvré ab DM 50,-

MONTBLANC-Meisterstück mit Lebensgarantie ab DM 38,50

MONTBLANC-Serie Hansa - beliebte Standardausführung - ab DM 24,-

MONTBLANC-Serie Academia - für jeden erschwinglich - ab DM 10,-

MONTBLANC-Pix-Druckfüllstift - passend als Garnitur - von DM 6,50 bis DM 13,50

ZU HABEN IN ALLEN FACHGESCHAFTEN MIT MONTBLANC-DEKORATIONEN IM SCHAUFENSTER

Pfalz mußte sich schon mit einem SPD-Antrag befassen, demzufolge ausgerechnet Peter Altmeiers Landesregierung von Rheinland-Pfalz über den Bundesrat bei der Bundesregierung eine Freigabe des Neugliederungs-Grundgesetz-Artikels 29 zu erwirken versuchen solle.

SPD-Fraktionsvorsitzender Eugen Hertel, Kaiserslautern, erinnerte in der Begründung seines Antrages daran, daß eine Fülle menschlicher Beziehungen zwischen der Pfalz und Bayern bestehe und forderte seinen Ministerpräsidenten Peter Altmeier auf, gegenüber den bayernfreundlichen Strömungen in der Pfalz duldsamer zu sein.

Abgesehen davon, daß die Pfälzer SPD schon immer einen gewissen Hang nach Bayern hatte, kommt diesen Tönen aber durchaus auch aktuelle politische Bedeutung zu, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Gegenmaßnahmen der Sozialdemokraten gegen die augenblicklich betriebene zentral ausgerichtete Länderpolitik der Bundesregierung beziehungsweise der CDU betrachtet.

Es ist auch so etwas wie eine kleine Sensation, daß es den 25 bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten in Bonn einfiel, eine „Arbeitsgemeinschaft“ zu bilden, die — ohne sonstige Parallelen — in ihrer Zielsetzung absolute Ähnlichkeit mit der Landesgruppe CSU hat: Man will die bayerischen Belange in Bonn auf diese Art besser vertreten und beweist damit eine föderalistische Haltung, von der optimistische Bayern sogar annehmen, daß sie zu einer Ablehnung der Bundesfinanzverwaltung durch die SPD führen könne.

Immerhin ist es erstaunlich, daß die Bildung der bayerischen Arbeitsgemeinschaft die Billigung der SPD-Gesamt-Fraktion gefunden hat. Es wäre denkbar, daß hier ein Gegenzug im Anlaufen ist, der Konrad Adenauers Länderpolitik durchkreuzen soll. Die Auflösung eines so linientreuen CDU-Landes wie Rheinland-Pfalz im Zuge der Neugliederung des Bundesgebietes wäre die erste praktische Möglichkeit zur Verwirklichung dieses sozialdemokratischen Gegenzuges.

Auch über den Zeitpunkt einer Neugliederungs-Volksabstimmung in der Pfalz sind sich die bayerischen Politiker mit der Sozialdemokratie einig. Sie muß möglichst bald geschehen. „Wenn die Volksabstimmung noch länger als zwei, höchstens drei Jahre auf sich warten läßt, ist die Sache für uns verloren“, sagte selbst der Pfalzausschuß-Vorsitzende des Bayerischen Landtags, Dr. Fischer, während der Pfalzreise. „Denn die jungen Wähler stellen einen immer stärkeren Teil der Wählerschaft. Sie haben kein Verhältnis mehr zu den alten Traditionen.“

Peter Altmeier, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, hat inzwischen zwei zugkräftige Gründe, die Pfalz nicht an Bayern rückzugliedern und sein Land Rheinland-Pfalz, wie es auch Konrad Adenauer wünscht, bestehen zu lassen:

- Eine Auflösung des Landes würde zwei Blöcke in der Bundesrepublik schaffen, gegen die alle anderen Länder machtlos wären: Bayern, das die Pfalz bekäme, und Nordrhein-Westfalen, zu dem das südliche Rheinland geschlagen werden müßte.
- Bei einer politischen Bereinigung der Saarfrage würde das Saargebiet territorial in der Luft hängen, falls man es nicht gleichfalls an Bayern anhängen wollte.

Und so kann man darüber meditieren, wie die Sozialdemokratie auf einmal zum Vorkämpfer föderalistischer bayerischer Belange geworden ist, während Peter Altmeier, der treueste Gefolgsmann des Kanz-

lers, sich jetzt schon Gedanken über die Rückgliederung der Saar an Deutschland macht, während sein Kanzler noch froh sein kann, wenn es ihm gelingt, den Franzosen wenigstens eine Saar-„Europäisierung“ abzurufen.

BESATZUNGSJUSTIZ

Wo das Recht aufhört

Sechzehn Tage sind dem Chef des amerikanischen Berufungsgerichts in der Bundesrepublik, William Clark, von der amerikanischen Hochkommission zugebilligt worden. In dieser Frist soll er das von ihm bewohnte zweistöckige deutsche Privathaus räumen und in ein Zweibett-Zimmer eines amerikanischen Wohnblocks in Frankfurt umziehen.

Richter Clark hat dagegen heftig protestiert. Seine Exmittierung ist das vorletzte Gefecht in der langen Reihe von Auseinandersetzungen, die nun schon seit Monaten zwischen dem amerikanischen Hoch-

Mit diesen Resolutionen haben die amerikanischen Juristen in Deutschland Fragen zur öffentlichen Diskussion gestellt, die sich aus der Eigenart jeder Besatzungsjustiz ergeben: Der Hochkommissar Conant kann sich selbst durch Gesetze, die er ganz allein — wenn es sein muß, über Nacht — erläßt, die Vollmacht erteilen, in jedes Verfahren einzugreifen, das vor einem amerikanischen Besatzungsgericht anhängig ist.

Conant hat das in den letzten Wochen einmal vorexerziert, und auf diesen Eingriff des Hochkommissars in die US-Rechtspflege beziehen sich die Entscheidungen der amerikanischen Anwaltskammer vom vorletzten Wochenende.

Die Geschichte hatte damit begonnen, daß sich Mitte Mai das deutsche Finanzamt in Frankfurt am Main und der amerikanische Geschäftsmann Richard E. Knorr nicht über die Steuern einigen konnten, die Knorr dem deutschen Fiskus nach Ansicht des Finanzamtes noch aus alten



Gegen Tonband und Conant: US-Richter Clark (l.), Untersuchungshäftling Knorr und Gattin

kommissar Dr. Conant auf der einen Seite und den amerikanischen Richtern und Rechtsanwälten in Conants Besatzungszone auf der anderen Seite ausgetragen werden.

Zum einstweiligen letzten Gefecht dieses inneramerikanischen Kleinkrieges — nach dem hochkommissarischen Hausräumbefehl für Chefrichter Clark — blies die amerikanische Anwaltskammer in Deutschland zusammen mit William Clark vor vierzehn Tagen auf einer Mitgliederversammlung in Frankfurt. Die amerikanischen Anwälte protestierten in Resolu-

- gegen die Gewohnheit der amerikanischen Hochkommission, mit ihr geführte Telefongespräche ohne Wissen des Gesprächspartners auf Band aufzunehmen;
- gegen die von deutschen Untersuchungsrichtern geübte Praxis, amerikanische Bürger in Deutschland ohne Verhandlung ins Untersuchungsgefängnis zu werfen, „ohne ihnen ausreichend Gelegenheit zur Stellung einer Kaution zu geben“;
- gegen das Gesetz Nr. 37 der US-Hochkommission, nach dem deutsche Justizbeamte nicht ohne Genehmigung des Hochkommissars Dr. Conant vor amerikanische Besatzungsgerichte gestellt werden dürfen.

Sportartikel-Lieferungen an die US-Armee schuldet. Knorr wurde am 17. Mai früh um 6 Uhr wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung von deutscher Polizei verhaftet.

Bei der ersten Einvernahme durch den Haftrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Karl Ullrich, verlangte Knorr vergeblich nach seinem Anwalt, seiner Frau und einem Dolmetscher. Die deutsche Strafprozeßordnung schreibt im Gegensatz zu amerikanischen Vorschriften in diesem Stadium des Verfahrens keinen Rechtsbeistand für den Untersuchungsgefangenen vor, und ein ausreichendes Englisch glaubte Richter Ullrich selbst zu können. So wurden dem Richard E. Knorr seine Verlangen abgeschlagen.

Vierzehn Tage saß Geschäftsmann Knorr in Untersuchungshaft, ohne daß die Proteste seines Anwalts Earl J. Carroll bei Hochkommissar Conant seine Freilassung bewirkt hätten (Conant erbat von dem hessischen Ministerpräsidenten und Justizminister Zinn lediglich eine Untersuchung des Falles). Da beschwerte sich Knorrs Geschäftspartner Robert Collin Campbell bei Präsident Eisenhower direkt und schickte eine Protestabschrift an Konrad Adenauer:

„Der deutsche Richter Dr. Ullrich hielt Knorr ohne ordentliche Vernehmung in